

## Johnsons Brexit-Deal

Am Donnerstag machte eine Nachricht die Runde, mit der viele wahrscheinlich nicht mehr gerechnet hatten: „Die EU und Großbritannien haben sich auf einen Brexit-Vertrag geeinigt“.<sup>1</sup>

Nachdem das Parlament vor einigen Wochen gegen Boris Johnsons Willen ein Gesetz verabschiedet hatte, das einen Austritt ohne Abkommen de facto unmöglich macht, war der Druck auf den Premierminister nochmals gestiegen, ein neues Abkommen mit der EU zu verhandeln.<sup>2</sup> Das ist ihm nun tatsächlich weniger als einen halben Monat vor dem geplanten Austrittsdatum gelungen.

Was steht denn drin im neuen Vertrag? Im Großen und Ganzen handelt es sich um den Deal, den bereits Theresa May ausgehandelt hatte. Die wichtigste Änderung allerdings dreht sich rund um das kontroverse backstop-Szenario. Falls es zu keinem Handelsabkommen zwischen der EU und Großbritannien kommen sollte, wird nicht ganz Großbritannien in einer Zollunion mit der EU bleiben, so wie May es ausgehandelt hatte, sondern nur Nordirland, teilweise. Waren, die zwischen dem restlichen Vereinigten Königreich und Nordirland gehandelt werden, müssen somit teilweise Kontrollen in der irischen See durchlaufen, falls sie über Nordirland hinaus gehandelt werden würden. Wann das zutrifft, entscheidet ein gemeinsames Komitee aus Mitarbeitern der EU und Großbritanniens.<sup>3&4</sup> Analysten des Institute for Public Policy Research gaben zu dem an, dass der Deal eine „Dekade der Deregulation“ einleiten könnte und „Arbeiterrechte, Umweltregelungen und Verbraucherstandards“ gefährde.<sup>3</sup>

Zwar hatten alle EU-Staaten den Brexit-Deal gebilligt, damit war allerdings erst eine kleine Hürde genommen.<sup>5</sup> Denn der Deal musste wie bei Theresa May erst noch durch das Parlament. Und dort hat Boris Johnson keine Mehrheit. Die proeuropäischen Liberal Democrats wollten gegen den Deal stimmen, Labour hatte angekündigt, nicht für Johnsons Deal zu stimmen und der de facto Koalitionspartner der Konservativen Partei Johnsons, die DUP, stellte sich quer.<sup>6</sup> Auch die neue Lösung, die teilweise Kontrollen in der Irischen See voraussetzt, geht der unionistischen Partei zu weit.<sup>7</sup>

Am Samstag im Parlament kam es dann zu einer erneuten Überraschung: der Abgeordnete Oliver Letwin, einer der von Boris Johnson aus der Partei ausgeschlossenen Konservativen, brachte einen Änderungsantrag ein, erst über den Deal abzustimmen, wenn Johnsons Versprechungen durch ein Ratifizierungsgesetz gesichert worden wären. Das sogenannte

---

<sup>1</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/brexit-einigung-115.html>

<sup>2</sup> <https://www.dw.com/de/gesetz-gegen-no-deal-brexit-in-kraft/a-50357894>

<sup>3</sup> <https://www.independent.co.uk/news/uk/politics/boris-johnson-brexit-deal-nhs-trade-economy-trump-us-eu-a9160736.html>

<sup>4</sup> [https://www.youtube.com/watch?v=pm8I\\_XLsfXE](https://www.youtube.com/watch?v=pm8I_XLsfXE)

<sup>5</sup> <https://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-staaten-billigen-brexit-deal-a-1292094.html>

<sup>6</sup> <https://www.bbc.com/news/uk-politics-50092301>

<sup>7</sup> <https://www.bbc.com/news/uk-politics-50079385>

Letwin amendment erreichte eine Mehrheit im Parlament und zwang Johnson dazu, gegen seinen Willen eine Verlängerung des Brexits bei der EU zu beantragen. Aus Protest verschickte er den Antrag ohne seine Unterschrift und hängte einen weiteren Brief mit Unterschrift an, indem er gegen die Verlängerung argumentiert.<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> <https://www.theguardian.com/politics/2019/oct/19/what-does-the-letwin-amendment-mean-for-brexit-timetable-boris-johnson>